



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 30. Dezember 1880.

Mr. 612.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und in-

Der Preis der **zweimal täglich** er-
scheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt
halbes auf allen Postanstalten vierteljähr-
lich nur **zwei Mark**, in Stettin in der
Abend-Ausgabe monatlich **50 Pfennig**,
mit Bringerlohn **70 Pfennig**.
Die Redaktion.

Deutschland

Berlin, 29. Dezember. Die „Provinzial-
pondenz“ schreibt:

in Rückblick auf das scheidende Jahr
grodem politischen Bewusstseins war nicht die
Ausführung großer Thaten und neuer wesentlicher
Veränderungen, es war im Ganzen kein glückliches, vielmehr
vieler Beziehung ein schweres und sorgen-
reiches Jahr. Doch läßt sich auf vielen Gebieten
des öffentlichen Lebens die Vorbereitung und Klärung
erkennen, welche zu neuen Hoffnungen be-
reitet.

Das schließende Jahr hat, freilich unter erschwerenden, äußeren Umständen, doch die ersten Früchte der Aenderung der Zollpolitik heranziehen sehen. In den verschiedensten Bezirken hat sich trotz der Ungunst der Zeiten schon ein gewisser Aufschwung des Gewerbetriebs bemerkbar gemacht und eine rege Thätigkeit des geschäftlichen Lebens entwickelt. Daß der Umschwung in dieser Beziehung nicht überall ein schneller und greifbarer sein konnte, liegt, zumal bei den Schwierigkeiten dieser Zeit, so sehr auf der Hand, daß man nicht nöthig haben würde, es zu erwähnen, wenn nicht gerade dieser Umschwung von den Gegnern der nurzwingen wieder in die Zollpolitik eingeführten alten und vielfach an sich überwärtigen bewährten Grundsätze bezweifelt würde, Mißtrauen und Unzufriedenheit zu verbreiten und so der regelmäßigen und stetigen Weiterentwicklung fördernde Hindernisse in den Weg zu legen. Gleichwohl darf man hoffen, daß diese Irrthümer gegen die eingeführte Zollpolitik nicht so weniger diese selbst erschüttern werden, als sich die Ziele, Mittel und Wege, welche diese verwirklichen sollen, allmählich immer klarer darzustellen haben. Vornehmlich hat der Plan der Steuerreform an Klarheit gewonnen. Das hinter uns liegende Jahr hat freilich auf diesem Gebiete keine erheblichen Ergebnisse aufzuweisen. Der Versuch, welcher von der Reichsregierung im Frühjahr gemacht wurde, um weitere Einnahmequellen zu erschließen, welche die Mittel zur Erleichterung der direkten Steuerlast in den Einzelstaaten schaffen sollten, scheiterte vorläufig. Es blieb nur soviel gewonnen, daß die neuen Bedürfnisse des Reichs selbst ohne Schwierigkeit befriedigt werden konnten, daß nächst der indirekten Besteuerung der Matrulkumlagen namentlich die Ergänzung der Wehrverfassung, welche durch die Einrichtungen und die Leistungen anderer Staaten auch für Deutschland notwendig wurde, mit Leichtigkeit durchgeführt werden konnte. So war bekanntlich ein Theil der Ziele der Steuerreform von vornherein, daß die Mittel auch für neue Bedürfnisse des Reichs gewonnen werden sollten. Dagegen war es auch die Vermehrung der Einnahmen des Reichs, die die Steuerpflichtigen in den Einzelstaaten und den Kommunalverbänden zufließen sollten, noch nicht

durchgeführt. Die Parteien und deren Stellung zur Regierung waren nach den Geschütterungen der Zollreform noch nicht wieder ausreichend geklärt, um weitere Schritte der Steuerreform geschehen zu lassen.

Die preussische Regierung hat gleichwohl den Versuch gemacht, die Besserung, welche in den Staatseinnahmen bereits eingetreten ist, zur Erleichterung der Steuerzahler zu benutzen; sie basirte auf die Bereitwilligkeit mehrerer Parteien im Landtage rechnen und somit dürfte eine erste Frucht der Finanzreform den Bedürftigsten im Volke zu Gute kommen.

War das Jahr vornehmlich in wirthschaftlicher Beziehung ein Jahr der Klärung, Vorbereitung und weiterer Anregung, so hat es auch an anderen Gebieten der inneren Politik eine wesentliche Förderung der Bestrebungen für Entwicklung und Besserung der öffentlichen Zustände gebracht. In der weiteren Durchführung der Reform der inneren Verwaltung in Preußen ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen mit der Annahme der Gesetze über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung und über die Verfassung der Verwaltungsgerichte; freilich ist die Reform hiermit nicht abgeschlossen; neue auf der Grundlage der Selbstverwaltung beruhende Vorschläge für die neuen Provinzen und die Ausdehnung des Zuständigkeits-Bereiches auf die Gesamtmonarchie stehen im Landtage zur Verathung, welche in jedem Falle zur Läuterung der Anschauungen über die Bedürfnisse der neuen Provinzen und des Staates führen wird.

Der Liebe zwischen Staat und Kirche ist leider auch in diesem Jahre nur ein Wunsch geblieben. Die Staatterregung hat es ihrerseits an Beweisen von Eriekfertigkeit und Botgegenkommen — soweit dasselbe mit den Aufgaben und der Würde des Staats vereinbar war — nicht fehlen lassen, aber wenn die Regierung nicht weiter kam, als daß sie ihrerseits mit Zustimmung des Landtages den katholischen Unterthanen nur einige, wenn auch erhebliche Erleichterungen einseitig gewähren konnte, ohne eine entsprechende Gegenleistung in Bezug auf das Gesamtverhältniß zwischen Staat und Kirche zu erlangen, so ist ihr wenigstens die Schuld daran nicht heimgewessen. Immerhin wird das kirchenpolitische Gezeß vom Juli d. Z. seinen Werth als Zeichen der Bereitwilligkeit zur Verständigung und der Vorbereitung zu dem Frieden behalten, welcher, wie Kaiser Wilhelm bei der bewundernswürdigen Domfest in Köln zu dem Wetthbi sagte —, das Ziel seiner unausgesetzter Sorge und täglichen Gebets stets war und se. leben wird.

unser erhabener Kaiser, über welchem auch in diesem Jahre schützlich Gottes Gnade waltete, hat durch seine Rathgeber nicht nur den Frieden, sondern auch das allgemeine Vertrauen in die Dauer desselben zu fördern gesucht, die neueren Grundlagen des Völkerrchts, welche in dem Berliner Vertrage festgesetzt worden, haben jüngst erneute allseitige Anerkennung gefunden. Durch diese friedliche Politik sind der Arbeit und der Wohlfahrt des Volkes diejenigen Bürgschaften gegeben, unter welchen allein die sittlichen und materiellen Kräfte gedeihen können.

Wir gehen in das neue Jahr mit vielen Hoffnungen und Erwartungen: an die Parteien tritt dasselbe mit der ernststen Mahnung heran, die unvollendet gelassenen, aber im Wesentlichen vorbereiteten Aufgaben des alten Jahres der Erfüllung und Verwirklichung entgegenzuführen. Mögen sie sich dessen bewusst sein und in diesem Sinne alle Bestrebungen belämpfen, welche jenem Ziele sich entgegenstellen.

Island.

Wien, 29. Dezember. Ein Artikel des „Pester Lloyd“ aus bekannter diplomatischer Feder über die Griechenfrage beginnt mit den Worten: „Grüßte Weihnachten — blutige Dornen! so könnte nach der Sachlage im Orient die politische Wetterregel diesmal formulirt werden.“ Der Artikel konstatiert ferner, daß Griechenland die Unterwerfung unter einen Schiedsspruch der Mächte von vornherein ablehnen zurückgewiesen habe. Die Haltung der Pforte sei noch unentschieden. Der Sultan perhorrescire das Schiedsgericht, sonst aber befürchte die Pforte ein wesentliches Entgegenkommen. Ein neuer Escalator der Pforte sei signalisirt, welches von der Oesterreich-Propaganda kaum schweige. Die Pforte schreine auf die Waddington'sche Grenzlinie zurück.

zugreifen. Das wäre ein Fortschritt und würde die Friedenshoffnungen neubeleben. Der Artikel meint schließlich, wenn ein griechisch-türkischer Krieg unvermeidlich bliebe, so würde die Lokalisierung dieses Krieges die Aufgabe Europas sein. Auszeitig wird behauptet, daß sämtliche Mächte prinzipiell den Schiedsgerichtes-Vorschlag mit Ausnahme der bekannten deutschen Amendements angenommen haben.

Wien, 29. Dezember. Großes Aufsehen erregte ein dem Gesandten Nieger zugeschriebener Artikel in der Prager „Politik“, worin die Czechen einen vollständigen Stützpunkt antreten. Der Artikel besagt, die Majorität sei keineswegs festgesetzt, die Polen unterstützen nicht immer die Czechen, sondern auch die Regierung und könnten sogar mit den Deutschen paktiren. Die Rechte wäre, falls Graf Taaffe zurücktrete, außer Stande, ein homogenes Cabinet zu bilden. Bei den Neuwahlen würden die Czechen, sowie die Rechte überhaupt unbedingt verlieren. Graf Taaffe gewähre den Czechen keine weiteren KonzeSSIONen, er könne das auch nicht, weil die Allianz mit Deutschland die Politik Oesterreichs beherrsche und weil der Baron Hummerle, sowie eine noch höhere Stelle (der Kaiser) dem Grafen Taaffe ein Halt gebieten könnten, wenn er Deutschen gegenüber ungerecht und Czechen große nationale KonzeSSIONen gewähren wollte. Der Artikel deutet an: „Wollen die Czechen nicht Alles verlieren, so müssen sie geduldig und bescheiden sein.“ Schließ- lich plaidirt der Artikel für eine Verständigung mit den Deutschen Böhmen.“ (B. L.)

Paris, 27. Dezember. Mag der Gedanke des europäischen Schiedsgerichtes Fortschritte machen oder nicht, man wird am besten thun, es mit einem gewissen Mißtrauen anzuschauen und die Hoffnungen auf seine einstige Wirksamkeit nicht hoch zu pflanzen. Noch sind die Großmächte theoretisch nicht einig über seine Gestalt und seine Ausführung. Der Vorschlag eines Schiedsgerichtes geht gemeinlich von den streitenden Parteien aus. Hier ist es umgekehrt: Frankreich hat den Plan ausgedacht; der Türkei und Griechenland soll er aufzuzwingen werden. Er ist wie eine bittere Arznei, welche zwei Kranken gewaltsam eingeblöst werden soll, die sich beide für gesund erachten. Sowohl die Türkei als Griechenland will nichts davon wissen. Die Türkei hat es hier fast verdrissen, daß die Anregung von der französischen Republik ausging, deren Vertreter in Konstantinopel eben dem Sultan die Großordon der Ehrenlegion überreicht hat. Man glaubte hierin eine Bürgschaft gegen weitere diplomatische Märgelungen zu sehen. Unterdeß aber scheint die Türkei sich zu dem Vorschlag schon freundlicher gestellt zu haben; denn in maßgebenden Kreisen gilt ihr Vorschlag Katarwegs für unüberwindlich. Die Schwierigkeit ist vielmehr auf griechischer Seite zu suchen. Ohne die Partei der Griechen zu ergreifen, darf man doch von vornherein behaupten, daß ihre Abneigung gegen das Schiedsgericht einen sehr faßbaren Rückhalt in den Beschlüssen der Berliner Konferenz besitzt; und daß deshalb eine theoretische Auseinandersetzung ihres Widerstandes verhältnißmäßig leicht ist. Auch ist an die Vertreter Griechenlands im Auslande die geheime Anweisung ergangen, vorkommendenfalls sich energisch gegen eine solche Zustimmung auszusprechen. Wahrscheinlich hat diese Anweisung von einem förmlichen Rundschreiben erzeugt. Bis jetzt ist ein solches nicht vorhanden; es ist nur eine Sondirung des hiesigen griechischen Gesandten erfolgt, aber in der allermildesten Weise. Brailas wird dabei Folgendes geltend gemacht haben:

„Ein Schiedsgericht ist dann möglich, wenn es sich um einen streitigen Punkt handelt; der Spruch der Berliner Konferenz ist jedoch ein Vorbild. Aber gegen ein Schiedsgericht würde wirklich vorgebracht; es besteht aus denselben Mitgliedern, die in Berlin wochenlang die Grenzfrage erörtern und wissenschaftlich feststellen; sollten diese Mitglieder jetzt anders im Sinne geworden sein und die Grenze, die sie damals als die richtige und gebührende anerkannten, verwirren, um eine neue zu finden, welche durch nichts gerechtfertigt ist? Dies scheint unmöglich. Das Schiedsgericht konnte Achtung für sich selbst nur die alte Grenze vor Augen betrachten. Aber wozu dann das Schiedsgericht? Wir Deutschen verlangen nichts mehr, als auch nicht weniger, als das Urtheil der Berliner Konferenz.“

Ungefähr eine solche Sprache wird der jewei-

lige Vertreter der Griechen bei etwaigen Sondirungen zu halten haben. Unterstützt wird er dabei durch den Hinweis auf die Geldmittel, die ihnen zu Gebote stehen sollen; soeben ist ein Anlehen von 60,000,000 Francs bei einer hiesigen Bankengruppe zu Stande gekommen; man spricht außerdem von Schenkungen reicher Griechen u. s. w. Indes, wenn Europa wirklich seinen Willen in einer bestimmten Form des Schiedsgerichts kundthun sollte, so scheint die Ausnahme desselben von Seiten Griechenlands nicht ausgeschlossen. Die Vertreter der Großmächte in Athen fahren unablässig fort, dem kleinen Lande über seine winzigen Streitkräfte die Augen zu öffnen und namentlich ihm vorzuhalten, daß Europa keine Verantwortlichkeit dafür übernehme, wenn der Zusammenstoß zwischen Türken und Griechen in ein Unglück für letztere auslaufe, was als sicher angenommen wird. Dies der Stand der Frage, was Griechenland angeht. Deutschland hat, wie mir ausdrücklich versichert wird, in keiner Weise irgend welche Maßregel angeregt. Barthélemy Saint Hilaire ist der Vater des neuen Gedankens; daher die Zurückhaltung, die auf dem hiesigen auswärtigen Amte mit Mittheilungen brachtet wird. Ich vermute aber, daß Barthélemy Saint Hilaire keineswegs an einen förmlichen Schiedsrichterstof denkt, sondern lediglich an eine Uebereinkunft der Kabinette auf dem Wege gegenseitiger Mittheilungen.

Paris, 27. December. Die Angelegenheit Girardins macht ungeheures Aufsehen in Paris; man findet aber, daß der Deputirte Lasiant dabei wiederum eine ganz unverantwortliche Rolle gespielt habe. Die „Damen“, welche die Enthüllung machte, steht nicht in besonderem Ansehen. Girardin war außer sich, als er auf der Tribüne erschien; er spricht unendlich und man konnte ihn deshalb kaum verstehen. Nach seinem Blatte, der „France“, sprach er sich folgendermaßen aus:

„Meine Herren, ich werde kurz, sehr kurz sein. Zeitungen haben Ihnen berichtet, daß die Epione Verzeihen in Frankreich einen Erbf haben, und daß dieser Erbf Ihr Kollege, der Deputirte des 9. Arrondissementes sei. Ich würde diese Infamie mit der gebührenden Verachtung gestraft haben, wenn ich nicht darin den Beweis sähe, daß ein Gesetz gegen die Verdächtigen im Anzuge ist. Diese Infamie, die an einem Ihrer Kollegen verübt wird, beleidigt hauptsächlich die Kammer, denn wenn die gegen mich vorgebrachte Behauptung wahr wäre, so würde meine Anwesenheit auf diesen Bänken eine Unehre für die Kammer sein. Deshalb fordere ich den Urheber dieser Behauptung auf, diese Trittbühne zu bestiegen und sich zu erklären; ich fordere ihn auf, sich selbst Lügen zu strafen. Ich fordere ein. Sein Stillschweigen würde seine Schmach sein.“
Lafontaine Aspireten nach diesen Worten war erbärmlich und er gerieth in die höchste Verlegenheit, als sich fast die ganze Kammer ihm gegenüber höchst kalt benahm. Die Parteien suchten sich gegenseitig zu verunglimpfen.

London, 29. December. Die Regierung mittheilte vier Schiffe zum Transport der Soldaten nach Transvaal. Der ehemalige durch den Krimkrieg berühmt gewordene Kriegeskorrespondent des „Times“, Russell, welcher im letzten Jahre lang Zeit das Transvaalland bereiste, erklärt in einem offenen Schreiben an sein Blatt, es sei Unsin, von den Boers als Rebellen und Verräthern zu sprechen. Die Boers erkannten niemals die Annexion an, sie erklärten immer diesen Akt als eine Gewaltthat, welches sie sich niemals fügen würden. Unsin sei auch die Behauptung, die jetzige Empörung sei nur das Werk einiger Agitatoren. In der Mehrheit, die Erhebung sei so national, wie sie nur die Boers machen können. Sie sei der Ausdruck des Hasses Aller gegen die britische Herrschaft. Die Boers hätten offen immer angelündigt, daß, und sogar den Zeitpunkt, wann sie offen die Waffen ergreifen würden. Die unvorbereitete Haltung der englischen Regierung sei daher unbegründlich.

Wien, 18. Dezember. Die letzten Jahre sind für Ausland eine schwere Zeit gewesen, es hat viel durchgemacht und ist heimgesucht worden, wie kaum zu einer anderen Zeit. Es giebt heute aber die Schwelle eines neuen Jahres wohl nur wenig, die sich nicht die Frage vorlegen: Was wird das Jahr 1881 uns bringen? Die gährende Bewegung des ablaufenden Jahres in allen Kreisen der Verwaltung, die vielen Kommissionen und Com-

in welchen brennende Reformfragen verhandelt werden, das unverkennbare Bestreben der Regierung, den alten Sauertrug zu befechtigen und zeitgemäßen Forderungen gerecht zu werden, rechtfertigen die Fragen der Massen und mögen auch geeignet sein, Zuversicht und Hoffnung auf das kommende Jahr in denselben zu erwecken. Man fragt sich: Wird die Selbstverwaltung des Volkes — das Gemeinwesen — in seiner eigentlichen Bedeutung zur Wahrheit werden? Dürfen wir eine radikale Reform des Besteuerungssystems, ein neues Preßgesetz erwarten? Wird der einseitige Klassizismus eines Tolstoi wirklich zu Grabe getragen, ein neuer Geist im Unterrichtsweisen geschaffen und die Volksschule in's Leben gerufen werden? In dieser Beziehung ist das laufende Jahr ein wahres Jahr der Verheißung. Wir sind weit entfernt von dem Pessimismus der Schwarzseher, welche achselzuckend meinen, der Berg werde eine Maus gebären. Es handelt sich hier nicht um diese oder jene Maßregel, sondern um durchgreifende Reformen, um einen Bruch mit der Vergangenheit, und das Material, welches weggeräumt werden soll, liegt von allen Seiten so thurmhoch angehäuft, daß es nicht im Handumdrehen bewältigt werden kann. Wollten wir einen Maßstab an das anlegen, was 1880 aus den Kommissionen und Komitees hervorgegangen, dann freilich könnten wir außer der Aufhebung der Salzsteuer nichts nennen. Außerdem herrscht bei den Kommissionen ein Zögern, Schwanken, Beschränken und Aenderung solcher Dinge, welche das Publikum bereits als etwas begriffen hat, das in voller Bedeutung in's Leben treten sollte. Solche Enttäuschungen haben niemals gute Folgen; sie bringen Unzufriedenheit bei den Optimisten, Schadensfreude bei den Pessimisten hervor. So heißt es z. B., daß einzelne Bestimmungen der Personensteuer vielen Aenderungen unterworfen werden; welcher Art dieselben sein werden, ist unbekannt. Der „Plan“ der Einkommensteuer, heißt es, sei „vollkommen beendet“; ob dem so ist, wissen wir noch nicht. Das besteuerte Einkommen soll in Gruppen getheilt werden, welche der natürlichen Gruppierung der Verhältnisse entsprechen, aus denen das Einkommen bezogen wird. Die Einkommensteuer soll zu 3 Prozent betragen, und man erwartet eine Einnahme von 30—40 Millionen. In der Kommission zur Revision der Preßgesetze soll die grundsätzliche Frage aufgestellt sein: Ist thatsächlich die Nothwendigkeit vorhanden, das bisherige zeitweilige Preßgesetz zu ändern oder nicht, oder ist diese Nothwendigkeit nur aller darin herrschenden Mängel noch nicht so groß, um ein neues Gesetz zu geben? Die erstere Meinung wird durch den Grafen v. Bismarck, den Ministerpräsidenten, den Grafen v. Moltke, den Chef der Reichsverwaltung, Alaba, und den Finanzminister Alaba vertreten; Graf v. Bismarck, v. Moltke, Minister der Posten und Telegraphen, der Oberprokurator der Senate, v. Bismarck und der Reichsminister sind für die andere Entscheidung. Auch in der Ausübung der Salzsteuer will man einen schwarzen Punkt, einen Fehler, bemerken, auf welchen in der Uebersetzung keine Rücksicht genommen worden. Es wird behauptet, den Matadoren der Salzgewinnung sei durch diesen Fehler ein Schaden gemacht worden, worunter das Volk im großen Ganzen leide.

Provinzielles.

Stettin, 30. Dezember. In Folge der von uns gestern gemeldeten Eigenthümlichkeit unserer nächsten Jahreszahl 1881 schreibt einer unser Leser noch Folgendes: „Nicht nur, daß die Zahl 1881 von vorne und von hinten gelesen in jeder ersten Hälfte die Zahl 18 aufweist, es ergibt sich die Zahl 18 sogar, wenn man sämtliche Ziffern addirt. Zu einem eigenthümlichen Resultat gelangen wir, wenn wir jede vordere Ziffer von der nächstfolgenden subtrahiren, es bleibt dann nämlich nichts übrig; nämlich 8—1=7. 8—7=1. 1—1=0. Subtrahirt man die erste Hälfte der Zahl von der zweiten, so ergeben die abdrückten Ziffern die Zahl 9, addirt man die beiden Hälften, so heißt die Summe 99 oder diese in ihren Ziffern addirt wieder 18.“

Die Direktion der Laurahütte hat die Lieferung der gesammten Schienen für die Sekundärbahn von Altdamm nach Colberg, deren Bau vor Kurzem begonnen worden ist, übernommen und sich verpflichtet, dafür bis zum halben Betrage Aktien resp. Stamm-Prioritäts-Aktien dieser Bahn in Zahlung zu nehmen.

Ein zum Zwecke der Bestrafung einem Beamten eingehändigtes Geschenk oder dessen Werth ist nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts, III. Strafsenats, vom 29. September d. Js., auch wenn der Beamte den in Unkenntnis des Inhalts in Empfang genommenen Gegenstand wieder zurückgegeben hat, für den Staat verfallen, und von dem strafbaren Bestreben ist der fragliche Gegenstand oder dessen Werth für den Staat einzuziehen. Hat dagegen der Beamte das ihm angebotene Geschenk gar nicht angenommen, sondern ohne Weiteres abgewiesen, so ist nur der zur Bestrafung bestimmte gewesene Gegenstand, falls er sich noch im Besitze des Strafbareren befindet, nicht aber der Werth desselben einzuziehen.

Die Einwohnerzahl unserer Provinz dürfte sich auf circa 1,550,900 Seelen stellen. 1875 hatte sie sich bis auf 1,462,290 gehoben, während sie von 1867 bis 1871 von 1,445,635 auf 1,431,633 gesunken war.

Das anerkannt werthe Bestreben des Herrn Oswald Rier, Eigenthümer der bekannten Firma „Aux Caves de France“, dem deutschen Publikum, gegenüber den mancherlei Manipulationen der Weinproduzenten, unverfälschte, namentlich un-

verschleiht, die vollständigste Bürgschaft leistet, zu gänglich und lieb zu machen, wird mehr und mehr von dem glücklichsten Erfolg gekrönt. Wesentlich tragen dazu wohl zwei Umstände bei, einmal, daß in neuerer Zeit wiederholt in populär-wissenschaftlichen öffentlichen Vorträgen und Schriften auf die zahlreichen Vortheile der ungegypften, reinen Naturweine hingewiesen worden, andererseits, daß durch die jüngst erwähnte Verordnung der französischen Regierung amtlich konstatiert ist, daß in Frankreich noch so ungeheure Massen gegypften Weines lagern, daß es den Behörden unmöglich erscheint, das von ihnen erlassene Verbot des amtlich als gesundheitsgefährlich verurtheilten Gypses des Weines aufrecht zu erhalten, ohne den französischen Weinhandel auf das Schwerste zu schädigen. Diese beiden Umstände vereint scheinen, wie gesagt, die deutschen Konsumenten in stets sich steigendem Maße für die Riesischen Weine derartig eingenommen zu haben, daß letztere in den vier Jahren des Bestehens der Firma in Deutschland immer weiteres Terrain gewonnen haben, so daß das Haus bereits über 150 meist recht florierende Filialen diesseits des Rheines zählt. Für den Erfolg derselben in Berlin spricht am besten die Thatsache, daß Herr Rier in Folge des Anwachsens seines Plaggeschäfts sich bereits veranlaßt sieht, neben seinem jetzigen Hauptgeschäft in der Jerusalemstraße noch ein zweites in Aussicht zu nehmen, das ihm große umfangreiche Räumlichkeiten sowohl für seine Weinprobe wie für das Lager bietet. Ziffermäßig aber wird die Nothwendigkeit einer solchen Vergrößerung dadurch dargelegt, daß in der Zeit vom 15. bis 30. November, also während eines halben Monats, in dem Geschäft in der Jerusalemstraße allein nicht weniger als 18,684 Liter für 33,529 Mark abgesetzt wurden, was pro Monat einen Absatz von 67,058 Mark, pro Jahr aber einen solchen von 804,696 Mark, das heißt gegen eine Million ergeben würde. So günstig ein solches Resultat aber auch für den Verkäufer und so bedeutungsvoll es für die Triak- und Zahlungsfähigkeit der Berliner Weinliebhaber ist, so erfreulichen Nutzen zieht auch der beide Theile gleichmäßig interessirende Staatsfiskus aus dem Riesischen Geschäft, da dasselbe statt der noch bis zum Jahre 1879 gezahlten 100 Mark nunmehr durchschnittlich fast 400 Mark täglich an Eingangsteuer zahlt.

In der Nacht vom 27./28. wurde ein Stall auf dem Grundstück Zabelsdorferstraße 42 mittelst Einbruchs geöffnet und daraus mehrere Enten und ein schwarzes Huhn, dem Restaurateur Schönberger gehörig, gestohlen. Die Diebe haben die Thiere durch Aussternarbeiten der Schnäbel an Ort und Stelle getödtet und die halben Schnäbel, sowie Kopfhaut auf der Schwelle des Stallthürs liegen lassen.

Der unerschrockene Minus Grünberg aus Greifenhagen, welcher hieselbst an Matratzen fleißig arbeitet, wurde gestern Vormittag von einem Standschloß am Grunmarkt ein rother Schnitzstock gestohlen.

Am 28. d. M. Abends ließ der Adelsbürger Gottfr. Wendtlandt aus Greifenhagen sein Fuhrwerk, bestehend aus Leiterwagen mit schwarzem Pferd, auf der Straße vor dem Krug zu Radföhr auf kurze Zeit ohne Aufsicht stehen; als er zurückkehrte, war dasselbe verschwunden.

Treptow a. N., 25. Dezember. Folgendes in der jetzigen Zeit sehr seltene Ereigniß verdient in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Wilhelmine Henriette Jinnemann, welche ununterbrochen 40 Jahre hindurch im Dienste der Frau Baumeister Schulz hieselbst steht, hat von Ihrer Majestät der Kaiserin in Anerkennung und Belohnung ihrer treuen Dienste ein goldenes Kreuz erhalten. Dasselbe, sowie das auf die Verleihung bezügliche Diplom mit der eigenhändigen Namensunterchrift Ihrer Majestät wurde der p. Jinnemann gestern am heiligen Abend als Weihnachtsgeschenk von dem hiesigen Magistrat durch den Herrn Bürgermeister Bodenhein überreicht, wodurch der treuen Dienerin eine wohlverdiente Weihnachtsfreude bereitet wurde.

Bemerktes.

(Eine internationale Fälscherbande.) Die Turiner Polizei hat in Mailand einen wichtigen Fang gemacht, indem sie 5 Individuen festgenommen hat, welche zu einer großen internationalen Fälscher-Gesellschaft gehören, die ihre Operationen in Turin, Mailand, Genua und so weiter begann, während sie in der Schweiz, Frankreich, England und Amerika in großem Maßstabe arbeitete. Diese Gesellschaft besteht aus Franzosen, Engländern, Amerikanern und Polen und hat zum Zweck, die Staatspapiere von England, Amerika, Rußland und Italien zu fälschen und die in genannten Ländern gestohlenen Staatspapiere zu verhehlen. Man vermutet, daß zahlreiche gefohlene Werthe, die von einigen der großartigsten Diebstähle in England herrühren, gerade dieser internationalen Fälscherbande anvertraut worden seien. Dieser Fälscherverein hat seine Filialen in den Hauptstädten Europas: Chios, Unter-Chios, Agenten und Kommissionäre für den Verkauf. Agenten und Kommissionäre desselben führten ihre verbrecherischen Operationen gleichzeitig in verschiedenen Ländern aus, mit dem Unterschiede, daß sie in Italien gestohlene oder gefälschte französische Rente und in Frankreich italienische oder russische Rente verkauften. Die Agenten führten eine Erstling als große Herren. Sie stiegen in den ersten Hotels ab, begleiteten sehr elegante Damen, stellten Pferde und Wagen und korrespondirten nur telegraphisch mit einander. Die Entdeckung wurde dadurch herbeigeführt, daß ein von den Zürcher Rissen wegen Fälschung verurtheilter und entlassener Italiener, Namens Birio, in Basel verhaftet wurde, als er gerade mit einem Schweizer Bankier wegen Verkaufes einer großen Quantität französischer Rente und von dem Diebstahle de Michels in Turin herkommen-der Werthe in Verhandlung stand. Es sind bis jetzt fünf Individuen verhaftet worden, zwei in Mailand, einer in Basel und zwei in Florenz. Die Verhaftung der zwei in Mailand Arrestirten, eines Polen und eines Amerikaners, geschah auf folgende Weise: Die Polizei in Turin ließ schon seit einigen Tagen zwei Fremden nachspüren, welche nur wenig Italienisch sprachen und aus anderen italienischen Städten gekommen waren. Ihre Geleisen waren voll Werthe und Juwelen. Es scheint, daß sie Kommissionäre anzunehmen trachteten. Der Kommissar Nighini wurde mit sechs Polizei-Agenten nach Mailand geschickt. Diese Fremden wohnten im Hotel Dione und wollten nach Venedig abreisen. Der Polizei-Kommissar traf sie auf dem Bahnhofe und sprach sie an: „Diese Herren kennen mich vielleicht nicht mehr? Wir waren mit Birio in Basel zusammen und Sie sollten sich an meine Physiognomie erinnern.“ — „Wir kennen Sie nicht.“ — „Wie, Sie kennen mich nicht und doch haben wir in der Schweiz im Hotel X. und im Brauhause Y. schöne Abende zugebracht. Ich bin der Freund Birio's.“ — „Sie sind ein Narr, Monsieur.“ — „Ah, bin ich ein Narr? Nun gut, wenn Sie mich nicht als den Freund Birio erkennen wollen, so erkennen Sie mich wenigstens als den Polizei-Kommissar. . . Waschen, verhaftet sie!“ Die beiden Fremden packten die zwei Fremden und führten sie auf das Polizeibureau, von wo sie unter starker Eskorte nach Turin abgeführt wurden. Man fand bei ihnen kostbare Juwelen, viele gefälschte italienische und russische Rentes, Fläschchen mit Säuren und Waffen.

Eine Riesengeschäft macht in Schalle viel von sich reden. Man schreibt darüber der „E. Z.“: Als armer Mann wanderte, vermutlich in den dreißiger Jahren, ein Arbeiter von Schleien nach dem Kap der guten Hoffnung aus und kehrte 1845 nach London zurück, wahrscheinlich in der Absicht, von da nach seiner Heimat zu reisen. Er erkrankte indes gleich in London und verstarb schon nach dreitägigem Aufenthalt mit Hinterlassung eines kolossalen Vermögens von mehreren Millionen Pfd. Sterl., welches er sich auf den Diamantfeldern am Kap der guten Hoffnung und später als Großgrundbesitzer erworben hatte. Damals, kurz nach seinem Tode, waren trotz aller Bekanntmachungen und Nachforschungen keine Erben zu entdecken, und erst kürzlich wurden der Frau eines Bergmanns aus dem benachbarten Bulmit, die eine Nichte des Erblassers sein will, zufällig Mittheilungen über die ihr ererbte, bestehende Erbschaft, welche ihr in W. wies, mit einem in Amerika lebenden Bruder zu theilen, gemacht. Selbstverständlich mußten vorher die nothigen Legitimationen, die Aufschneide- und Vertheilungsurtheile, sowie die gerichtlichen Schritte unternommen eingeleitet sein. Durch Vermittelung des Reichskanzlers ist bereits festgestellt, daß das ganze unvertheilte Vermögen bei der englischen Bank insb. angelegt und bis jetzt auf die ungeheure Summe von 9 Millionen Pfd. Sterl. gleich 180 Mill. Mark angewachsen ist.

Kunst und Literatur.

Hellwald, Naturgeschichte. 2. Lieferung. (W. Spemann, Stuttgart.) Die zweite Lieferung des von uns bereits angezeigten Werkes bringt uns in weiteren Verlauf der Geschichte der „Ausstrahler“, womit das Buch seinen Anfang nimmt, die Abschnitte: Nahrung, Getränke und Waffen, Lebensweise und Beschäftigungen, soziale Verhältnisse.

Der Verfasser läßt uns in u. n. Erwartung nicht zurück. Mit peinlichster Genauigkeit behandelt er seinen Stoff und führt uns als Astrahler vor wie sie sind, wie sie leben, in so anschaulicher und verständlicher Form, daß wir dem Weiteren mit Spannung entgegen sehen. — Gute Bilder, von Keller-Lenzinger gezeichnet, zieren auch diese Lieferung des Werkes, das, wenn komplett, ein hoher Schatz unserer Literatur zu werden vermag. [342]

Zweites Jahres-Supplement (1880—81) zu Meyers Konversations-Lexikon. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Wie bei der durchaus gelungenen Anlage nicht anders zu erwarten, hat das unter dem Titel „Jahres-Supplement“ begonnene Ergänzungswerk des Meyerschen Konversations-Lexikons, auf dessen Erscheinen wir vor Jahresfrist hinwiesen, schnell festen Fuß gefaßt. Während das Jahr seinem Ende zuneigt, sind auch schon die ersten Lieferungen des genannten Supplements zur Stelle, um das festzuhalten, was unter der Fluth häufig wechselnder Erscheinungen auf bleibenden Werth und dauerndes Interesse Anspruch hat. Nur Wenigen ist es vergönnt, unter der verwirrenden Masse der Einzelheiten Musterung zu halten; aber Jedermann will ihnen folgen, keiner zurückbleiben in der Erkenntnis seiner Zeit. Allen diesen ist das „Jahres-Supplement“ zu Meyers Konversations-Lexikon (nicht zu verwechseln mit andern sogenannten „Supplementen“, die zu diesem Werk in gar keiner Beziehung stehen) der sicherste Führer, der zuverlässigste Berichterstatte über die gesammten Fortschritte der heutigen Kultur und des öffentlichen Lebens.

Erkennen wir in den vorliegenden Theilen des neuen Jahrgangs (1880—81) die gewissenhafte Fortführung des berühmten Nachschlagebuchs, besonders in den politischen Begebenheiten, so macht sich auch in erfreulicher Weise das Bestreben geltend, durchaus neue Gebiete zu erschließen oder die uns vertrauten in neue Beleuchtung zu rücken, indem eine überwundene Anschauung neuen Ideen Platz machen mußte.

Mit Recht wurde dem politischen und wirtschaftlichen Leben ein breiter Raum zugewiesen, Mitarbeiter von erstem Rang vereinten sich zu einer glänzenden Reihe von Beiträgen.

Dem auch in diesem Band gebotenen reichen biographischen Material liegt ein wohlbedachter Plan fortgesetzter Ergänzung zu Grunde, besonders bietet der vorliegende Band eine interessante Umschau über die beliebtesten deutschen zeitgenössischen Schriftsteller, größtentheils zum erstenmal. Die vielen Textabbildungen sind, wie bisher, Spenden einer besonderen Freigebigkeit.

Die Ausgabe des jedem Besitzer des Konversations-Lexikons unentbehrlichen Bandes erfolgt pünktlich bis Februar nächsten Jahres. [344]

Die Natur, Zeitschrift zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntniss und Naturanschauung von Dr. Müller. Halle, Verlag von G. Schwesche. Wir haben schon öfter auf diese Zeitschrift aufmerksam gemacht, welche durch treffliche Artikel und gelungene Holzschnitte die Leser mit den neuesten Entdeckungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften bekannt macht. Wir können dieselbe warm empfehlen. [345]

Die große und eine bedeutende Stellung im gewerblichen Leben einnehmende Seifen- und Fettindustrie hat bisher kein Fachblatt besessen, welches nach Form und Inhalt geeignet gewesen wäre, ihre großen und mannigfachen Interessen in würdiger Weise zu vertreten. Den Bemühungen des noch jungen, aber kräftig emporstrebenden Verbandes der Seifenfabrikanten ist es zu verdanken, wenn die durch ihre große Thätigkeit auf gewerblich-technischem Gebiete bekannte Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin es unternommen hat, ein Organ für die Seifen- und Fett-Industrie, sowie verwandte Nebenzweige zu schaffen. Ein Wort auf die schon ausgegebene erste Nummer dieses Organs, des „Seifenfabrikanten, Zeitschrift für Seifen-, Kerzen- und Parfümerie-Fabrikation, sowie verwandte Geschäftszweige“, zeigt, daß das Unternehmen auch redaktionell den besten Händen anvertraut ist: Herr Dr. C. Deite ist durch mehrere größere Werke als Autorität auf dem Gebiete der Fett-Industrie bekannt.

Die Ausstattung ist, wie nicht anders zu erwarten war, vorzüglich, der Preis dabei (2,50 M. vierteljährlich) ein mäßiger. Wir glauben, daß dieses Blatt viel zur Hebung der Seifenindustrie beitragen wird und wünschen ihm eine recht große Verbreitung.

Im „Wilhelm-Theater“ in Berlin kam am 4. Januar das vom hiesigen Schauspiel-Präsidenten verfasste Volksstück „Des Hauses P. den“ zur ersten Aufführung. Wir wünschen jungen Dichtern alles Glück.

Das erste deutsche Hoch in Frankfurt a. M. ist, wie die „N. Z.“ mittheilt, schon eine Erbschaft im jenseitigen Luge von 500,000 Mark gemacht. Der des hochherzigen Erbschafters ist nicht genannt. Jede Dienerin an seinem Hause hat 150 Mark, jeder seiner Nichten 80,000 Mark, jedes einem Freunde eine auf 130,000 Mark lautende Buchschuld.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 29. Dezember. Die „Politische Revue“ meldet:

Aus Konstantinopel: Die Haltung der Pforte gegenüber dem Vorschlage eines Schiedsgerichts ist noch schwankend; man glaubt, die Pforte werde den Vorschlag weder bedingungslos annehmen, noch strikte ablehnen, sondern mit Gegenpropositionen entgegenkommender Art hervortreten.

Paris, 29. Dezember. Auch das Journal „Avenir diplomatique“ erklärt die Gerüchte von Konzentrationen französischer Truppen an der tunesischen Grenze für unbegründet. Was die Anwesenheit eines französischen Fahrzeuges in den Gewässern von Tunis betrifft, so sei dieselbe nichts Außergewöhnliches und durch kein besonderes Ereigniß veranlaßt. Ein zweites Fahrzeug habe sich dorthin begeben, um das erste neu zu verproviantiren und werde alsdann wieder abfahren.

Toulon, 29. Dezember. Das durch Feuer beschädigte Panzerschiff „Michelet“ befand sich im See-Arsenal in Reserve und wurde durch Toffen der Wasserablenkungsröhren auf den Grund gesetzt, so daß das Feuer erlosch, ohne unheilbaren Schaden angerichtet zu haben. Einige Personen haben leichte Verletzungen erlitten, ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Rom, 29. Dezember. Das „Avenir di Sardegna“ in Cagliari veröffentlicht einen Brief des Ministers Caltori, worin er die Reise des Königspaars im Frühjahr nach der Insel Sardinien offiziell ankündigt.

Die offiziellen Berichte über die glückliche Probefahrt des Monstreschiffes „Dulio“ finden wenig Glauben. Man munkelt, eine ernste Gefahr habe dasselbe zum Einlaufen in den Hafen von Gattagewungen. Die Zeitungen verlangen die Veröffentlichung des Berichts des Kommandanten an den Marineminister.

Die „Riforma“ meldet, Frankreich bringe gegenwärtig auf den europäischen Börsen alle tunesischen Anleihen in seinen Besitz, um den Vey finanziell ganz Frankreich abhängig zu machen.

Dublin, 29. Dezember. Die Verhandlungen in dem P. gegen Parnell und die übrigen Führer der P. wurde heute fortgesetzt. Der Generalprokurator hielt sein Plaidoyer gegen die Angeklagten.

Membr., 29. Dezember. Die Subskription auf die mexikanische nationale Eisenbahnaktie ist gestern eröffnet worden.